

Mag. Alexander Schallenberg

Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Wien, am 8. November 2023

GZ. BMEIA-2023-0.655.330

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Petra Bayr, Kolleginnen und Kollegen haben am 8. September 2023 unter der Zl. 16102/J-NR/2023 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Bergkarabach darf nicht vergessen werden“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5:

- *Welche diplomatischen Maßnahmen wurden seitens des Bundesministers vorbereitet bzw. bereits eingeleitet, um dem Entschließungsantrag vom 15.12.2022 entsprechend nachzukommen?*
- *Sind Maßnahmen anderer Mitglieder der Bundesregierung bekannt, um selbigem Antrag nachzukommen?*
- *Welche diplomatischen Maßnahmen wurden von Seiten des Bundesministers vorbereitet bzw. bereits eingeleitet damit im speziellen die Hilfsgüter den Latschin-Korridor wieder passieren können?*
- *Gab es bisher Treffen zwischen dem Bundesminister mit seinem aserbaidschanischen Amtskollegen, oder werden solche geplant?*
- *Ist bekannt, dass es von anderen Regierungsmitgliedern derartige Gespräche gegeben hat oder geplant sind?*

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) hat die Vermittlungsbemühungen des Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel sowie die Forderung der Europäischen Union (EU) nach sofortiger und dauerhafter Öffnung des

Latschin-Korridors unterstützt. Ich habe das wiederholt öffentlich betont, unter anderem im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz mit meinem armenischen Amtskollegen am 18. Juli 2023 in Wien sowie im Rahmen meiner Gespräche mit den Außenministern von Armenien und Aserbaidschan am Rande der 78. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York diesen September. Wir haben in unseren bilateralen Kontakten gegenüber Aserbaidschan unter anderem auch klar und deutlich den ungehinderten Zugang für die humanitäre Tätigkeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) eingefordert.

Ich traf den aserbaidschanischen Außenminister Jeyhun Bayramov am 5. März 2023 in Doha und am 6. Juni 2023 in Wien. Im Jahr davor traf ich ihn am 20. Jänner in Wien und am 20. September in New York. Am 12. Dezember 2022 gab es das Außerministertreffen der Östlichen Partnerschaft in Brüssel, an dem wir beide teilgenommen haben. Über Treffen anderer Regierungsmitglieder liegen mir keine Informationen vor.

Gemeinsam mit meinen Amtskollegen aus Estland, Lettland, Litauen, Rumänien und der Slowakei habe ich mich in einem Schreiben an den Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Josep Borrell vom 1. Dezember 2022 für die Einrichtung einer zivilen EU-Monitoringmission in Armenien ausgesprochen. Die mit Beschluss 2023/162/GASP vom 23. Jänner 2023 eingesetzte EU-Mission in Armenien (EUMA) soll zur Stabilität in den Grenzgebieten Armeniens beitragen, Vertrauen und Sicherheit für die Menschen in den von Konflikten betroffenen Gebieten aufbauen und ein Umfeld gewährleisten, das den von der EU unterstützten Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan förderlich ist. Österreich beteiligt sich daran gemäß Beschluss der Bundesregierung vom 22. Februar 2023 und nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Hauptausschuss des Nationalrates am 15. März 2023 mit bis zu drei Polizistinnen und Polizisten sowie mit bis zu fünf Angehörigen des Bundesheeres. Es sind daher sowohl mein Ressort als auch das Bundesministerium für Inneres (BMI) und das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) bereits im Sinne dieses Entschließungsantrags tätig.

Zu den Fragen 6 und 7:

- *Gibt es Pläne, durch Humanitäre Hilfe aus Österreich, die Not der Menschen in der eingeschlossenen Region zu lindern?*
- *Gibt es einen Austausch mit dem internationalen Roten Kreuz oder anderen Hilfsorganisationen vor Ort?*

Armenien ist seit 2011 ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und wird jährlich mit über 3 Millionen Euro für bilaterale Projekte unterstützt. Zusätzlich stellt Österreich 2 Millionen Euro für die Aktivitäten des IKRK in Armenien zur Linderung der humanitären Krise der Flüchtlinge aus Bergkarabach bereit. Mein Ressort steht diesbezüglich in kontinuierlichem Austausch mit dem Roten Kreuz und

anderen Hilfsorganisationen. Ich habe diesen Beitrag auch bei meinem Gespräch mit der IKRK-Präsidentin Spoljarić Egger am Rande der 78. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York diesen September besprochen.

Zu Frage 8:

- *Plant der Bundesminister das Thema auf internationaler bzw. europäischer Ebene anzustoßen, um gemeinsam mit unseren Partner:innen die Menschenrechtsverletzungen zu beenden?*

Wenn ja: Wann, wo und in welcher Form?

Wenn nein: Warum nicht und wie wird das trotz der gegenteiligen Beschlusslage gerechtfertigt?

Die Situation wird laufend auf verschiedenen Ebenen der EU erörtert. Darüber hinaus wird dieses Thema auch im Rahmen der Vereinten Nationen, dem Europarat sowie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien behandelt, die in diesem Jahr bereits fünf Mal zu Sondersitzungen dazu zusammengetreten ist.

Jeder Vermittlungsschritt bedarf der diesbezüglichen Abstimmung mit Armenien und Aserbaidschan sowie des Zutuns wichtiger regionaler Akteure, wie Russland und der Türkei. Nicht zuletzt braucht es aber Versöhnungsbereitschaft und Friedenswillen auf beiden Seiten. Einen dauerhaften Frieden zu erreichen ist schwierig, da das gegenseitige Misstrauen der beiden Volksgruppen aufeinander tief sitzt. Der durch das militärische Vorrücken Aserbaidschans verursachte Massenexodus von über 100.000 ethnischen Armenierinnen und Armeniern aus Bergkarabach hat zusätzlich immenses Leid unter der Zivilbevölkerung ausgelöst und die Voraussetzungen für gegenseitiges Vertrauen weiter erschwert. Ich begrüße die rezenten Aussagen des armenischen Premierministers Pashinyan vor dem Europäischen Parlament in Strassburg, wonach Armenien den nötigen politischen Willen für einen nachhaltigen Frieden mit Aserbaidschan habe. Österreich und die EU werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass ein derartiger Friedensschluss näher rückt.

Beide Seiten wissen auch, dass Österreich jederzeit als Austragungsort für Gespräche bzw. Verhandlungen zur Verfügung steht, wie dies in der Vergangenheit bereits geschehen ist.

Mag. Alexander Schallenberg

